

Pressestatement

Annelie Buntenbach

DGB-Vorstandsmitglied

Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum

Pressegespräch zur Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung
am 04. November 2016 in Berlin

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der DGB will, dass Armut und Ausgrenzung überwunden werden. Uns geht es darum, wenigstens ein Mindestmaß an sozialer Teilhabe für alle sicherzustellen. Dazu leisten die geplanten Regelsätze der Grundsicherung leider keinen Beitrag. Die Erhöhung der Sätze ist viel zu klein. So wird Armut nicht überwunden, sondern zementiert.

Das Verfahren, in dem die Regelsätze festgelegt werden, erweckt auf den ersten Blick den Anschein von Objektivität.

Auf den zweiten Blick muss man jedoch feststellen, dass das Verfahren viele politische Vorfestlegungen enthält. Die Bundesregierung hat viele Stellschrauben so justiert, dass zwangsläufig niedrige Regelsätze herauskommen müssen. Wieder einmal werden die Regelsätze kleingerechnet. Bei diesem Kleinrechnen ist die Bundesregierung ausgesprochen akribisch und entschlossen vorgegangen.

Dazu zwei Beispiele:

Die Ausgaben für Alkohol werden bekanntlich nicht berücksichtigt. Darüber kann man streiten. Worauf ich hinweisen will, ist jedoch etwas anders: Die in der Vergleichsgruppe konsumierte Alkoholmenge wird in Mineralwasser umgerechnet und die Kosten für das Wasser fließen in den Regelsatz ein. Die Bundesregierung geht dabei nun so rigide vor, dass sie in einem aufwändigen Verfahren den Spirituosenanteil am Alkoholkonsum ermittelt. Die angesetzte Mineralwassermenge wird entsprechend gekürzt, da Spirituosen nicht der Flüssigkeitsaufnahme dienen. Dies ist wirklich militantes Kleinrechnen des Regelsatzes.

Das zweite Beispiel:

In den Regelsatz für Jugendliche fließen 46 einzelne Ausgabenpositionen ein, die auf dem Konsumverhalten von höchstens 24 Haushalten beruhen. Statistische Werte sind aber nur dann valide und aussagekräftig, wenn die Datenbasis größer als 100 ist. Der wichtige Geldbetrag für Mobilität beruht sogar auf den Angaben von nur 12 Haushalten. Es kann doch nicht angehen, ein Dutzend Leute zu fragen, ob sie heute eine Busfahrkarte gekauft haben und daraus dann einen Mobilitätsbedarf für alle aus der Altersgruppe abzuleiten!

Die Regierung nimmt hier in Kauf, dass die Daten nicht valide sind, um eine Ausweitung der Referenzgruppe um Haushalte mit etwas höherem Einkommen zu vermeiden. Deren Einbezug würde zwangsläufig die Regelsätze erhöhen. Auch das nenne ich ein militantes Kleinrechnen des Regelsatzes.

Die Regelsätze führen nicht nur zu Mangel, Unterversorgung und Ausgrenzung. Die Regelsätze wirken auch auf den Arbeitsmarkt.

Nicht existenzsichernde Regelsätze schüren die Angst vor sozialem Abstieg, falls der Arbeitsplatz unsicher ist. Je größer die Fallhöhe, umso mehr Zugeständnisse machen Beschäftigte ihrem Arbeitgeber. Und je niedriger die Regelsätze, desto höher ist der Druck, aus der Arbeitslosigkeit heraus auch prekäre und sehr niedrig entlohnte Arbeit annehmen zu müssen. Not macht erpressbar.

Mit deutlich erhöhten Regelsätzen würde zumindest eine gewisse Schutzbarriere gegen „schlechte Arbeit“ eingezogen.



Wir fordern heute hier gemeinsam, die Regelsätze anhand des tatsächlichen Bedarfs grundlegend neu zu ermitteln.

Wir sprechen uns dafür aus, eine Sachverständigenkommission einzurichten. Diese Kommission soll Empfehlungen für armutsfeste und bedarfsdeckende Regelsätze entwickeln. Der Kommission sollten Vertreter/innen aus der Wissenschaft, der Tarifparteien, der Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie von Betroffenenorganisationen angehören.

Wer heute von Grundsicherungsleistungen leben muss, der braucht schnell verbesserte Leistungen. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf zusätzliche Sofortmaßnahmen zu ergreifen.

- Notwendig sind beispielsweise Einmalbeihilfen, wenn ein Kühlschrank oder eine Waschmaschine angeschafft werden muss. Solche Einmalbeihilfen könnten im laufenden Gesetzgebungsverfahren unkompliziert und schnell umgesetzt werden. Die von uns vorgeschlagenen Soforthilfen insgesamt würden einen wichtigen Beitrag leisten, Armut und Ausgrenzung in einem ersten Schritt zumindest spürbar abzumildern.